

**Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE****Freiwilligendienstleistende von heute als Fachkräfte für morgen anerkennen und unterstützen**

Freiwilligendienste haben für uns eine hohe gesellschaftliche Relevanz. Sie bieten jungen Menschen die Möglichkeit eines wichtigen Orientierungs- und Erfahrungsjahres und können den weiteren Lebensweg maßgeblich bestimmen. Durch das pädagogisch begleitete Erleben und Ausprobieren von Berufsfeldern in gemeinwohlorientierten Bereichen können sie einen wichtigen Beitrag zur Nachwuchsgewinnung insbesondere in sozialen aber auch in ökologischen Berufen leisten, Berufsfelder die maßgeblich an Bedeutung gewinnen aber von Fachkräftemangel bedroht sind. Durch den engagierten Einsatz in Kitas, Schulen, Senior:inneneinrichtungen, Sportvereinen, Umweltverbänden, Theatern und vielen weiteren Einrichtungen stärken junge Menschen im Freiwilligendienst zudem ganz unmittelbar die Zivilgesellschaft und den sozialen Zusammenhalt in unseren beiden Städten.

Freiwilligendienste müssen daher gestärkt werden und Freiwilligendienstleistende verdienen unsere Anerkennung und Unterstützung. Die im Zuge des Sparkurses der Bundesregierung geplante Kürzung der Haushaltsmittel für Freiwilligendienste sind daher in keiner Weise nachvollziehbar und rückgängig zu machen. In der Praxis würden sie unmittelbar die sozialen Einrichtungen, Senior:innenheime, Kitas und Schulen, aber auch die Kultur, den Sport und den Naturschutz in unseren Städten schwächen. Sie bedeuten aber auch, dass sich die Tür zu sozialen und ökologischen Berufen für viele junge Menschen ein Stück schließen würde. Das können wir uns als Gesellschaft nicht leisten.

Um junge Menschen stattdessen in ihrem Engagement zu bestärken und sie dazu zu befähigen, bedarf es sowohl der schnellen Wiedereinrichtung und Fortführung der psychosozialen Beratungsstelle für Freiwilligendienstleistende und Fachkräfte bei Trägern und Einsatzstellen, als auch bessere finanzielle Rahmenbedingungen für junge Menschen während ihrer Dienstzeit. Mit einer Erhöhung des Taschengelds wollen wir sicherstellen, dass die Teilnahme an einem Freiwilligendienst nicht an den

finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten der Eltern scheitert und gleichzeitig dem Engagement von jungen Menschen Wertschätzung entgegenbringen. Zudem wollen wir junge Menschen, die von nah oder fern nach Bremen kommen, um hier ihren Freiwilligendienst zu machen, zukünftig mit einem Begrüßungsgeld analog zu dem für Studierende und Auszubildende willkommen heißen und ihnen den Umzug ein Stück weit erleichtern.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene kurzfristig für eine Rücknahme der für 2024 und 2025 geplanten Kürzungen beim Etat für die Freiwilligendienste und perspektivisch für eine Stärkung des Etats einzusetzen;
2. die Einführung einer landesfinanzierten Taschengelderhöhung, wie sie in der Engagementstrategie des Senats vorgeschlagen wird, zu prüfen;
3. junge Menschen, die ihren Erstwohnsitz für das Absolvieren eines Freiwilligendienstes erstmals ins Land Bremen verlegen, einmalig mit 150 Euro Begrüßungsgeld willkommen zu heißen, analog zum Begrüßungsgeld für Studierende und Auszubildene;
4. zu prüfen, wie die über das Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ finanzierte psychosoziale Beratungsstelle für Freiwilligendienstleistende und Fachkräfte zeitnah wieder eingerichtet und das wichtige Angebot fortgeführt werden kann.

Katharina Kähler, Selin Arpaz, Heike Kretschmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dariush Hassanpour, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE